



über die
4. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Dienstag, dem 28.11.2006
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 18:10 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Gabriele Bartosch
Frau Marion Dyduch
Frau Petra Hartig
Herr Heiko Klanke

CDU

Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Alexandra Möller

Stimmberechtigtes Mitglied gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 1 SGB VIII

Herr Detlef Maidorn

Stimmberechtigte Mitglieder gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 2 SGB VIII

Frau Susanne Hartmann
Frau Gertrud Sändker
Frau Svenja Schnober
Herr Jörg Theis
Herr Ludger Töpfer

Beratende Mitglieder gem. § 5 Abs. 3 AG-KJHG

Herr Reiner Brüggemann
Herr Kunibert-Josef Kampmann
Herr Ludger Krampe
Frau Dr. Gabriele Krumme
Herr Gerhard Peske
Herr Kurt Reinholz
Herr Herbert Ritter
Herr Carsten Scheunemann

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. k der Satzung für das Jugendamt
Herr Peter Büchel
Herr Hans-Peter Kaminski

Verwaltung

Herr Jürgen Dunker
Herr Hennes Gibbels
Herr Klaus Güldenhaupt
Frau Sandra Schertel

Entschuldigt fehlten

Herr Kai Brumberg
Herr Ralf Hinterseer
Frau Gabriele Jäger
Herr Wilhelm Kemna
Frau Annette Mann
Herr Jan Reinholz
Frau Ina Scharrenbach
Herr Burkhard Treese
Frau Margit Werner
Herr Martin Wiegemann

Die Ausschussvorsitzende, Frau **Dyduch**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.
Als neues Mitglied wurde Herr Vikar Scheunemann bekannt gegeben und sogleich verpflichtet.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Produkthaushalt für das Jahr 2007 Produkte: 36.01.01 36.02.01 36.03.01	
2	Kindernotinseln hier: Sachstandsbericht der Verwaltung	
3	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Produkthaushalt für das Jahr 2007
Produkte: 36.01.01
 36.02.01
 36.03.01

Herr **Güldenhaupt** stellte den Produkthaushalt für das Jahr 2007 vor. Der Gesamthaushalt im Produktbereich 36 - Kinder, Jugend- und Familienhilfe - umfasse auf der Ausgabenseite ca. 9,8 Mio. € und auf der Einnahmenseite ca. 3,3 Mio. €. Somit verbleibe nach Abzug der Einnahmen ein städt. Eigenanteil von 6,5 Mio. €.

Den größten Anteil mit ca. 5,8 Mio. € habe wiederum der Bereich Kindertageseinrichtungen – Betriebskosten und Kosten der Heimpflege. Im Produktbereich 36.02.01 stelle sich eine Reduzierung der Ausgaben um rd. 250.000 € dar. Hierzu vermerkte Herr Güldenhaupt, dass es sich nicht um eine generelle Ausgabenkürzung handele, sondern um eine NKF-technisch bedingte Ausgliederung von Personalkosten, die nunmehr dem Produkt 36.03.01 zugeordnet wurden, womit sich dort auch die Ausgaben-erhöhung im Vergleich zum Vorjahr erklären lasse.

Herr Güldenhaupt teilte außerdem mit, dass die Reduzierung der Einnahmen im Produkt 36.02.01 - Kinder- und Jugendarbeit - auf die stetige Reduzierung der Landeszuweisungen zurückzuführen sei. Außerdem seien die Einnahmen aus dem Programm „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ für das Jahr 2007 gänzlich gestrichen worden, da das Land NRW ab 2007 voraussichtlich keine Mittel mehr zur Verfügung stellen werde. Falls doch noch Landesmittel bewilligt würden, erfolge eine erneute Mitteilung im Ausschuss.

Im Bereich der Unterhaltung der kommunalen Spielplätze seien für die Ersatzbeschaffungen im Jahr 2007 insgesamt 46.000 € in Ansatz gebracht worden. Bei den Planungen habe man auch die im, durch den Jugendhilfeausschuss beschlossenen Maßnahmenkatalog ausgewiesenen Ersatzbeschaffungen und die Restkosten für die mit Landesmitteln geförderten Spielplatzmaßnahmen berücksichtigt.

Insgesamt seien in den letzten Jahren 13 Spielplatzumbauten mit Landesmitteln gefördert worden. Dabei sind ca. 1 Mio. € verbaut worden, wobei die Stadt Kamen einen Eigenanteil von rd. 200.000 € getragen hat.

Herr Güldenhaupt erläuterte abschließend die Kenn- und Messzahlen zum Produkt 36.03.01 - Hilfen für junge Menschen und ihre Familien - und stellte fest, dass die ausgewiesenen Planwerte für das Jahr 2007 bereits jetzt schon überschritten seien.

Auf der Ausgabenseite sei zu vermerken, dass die Mitgliedsbeiträge für die ADU aufgrund der Kündigung der Mitgliedschaft zum 31.12.2006 weggefallen seien.

Herr **Klanke** erklärte, dass man den Produktplan für das Jahr 2006 in der SPD-Fraktion positiv zur Kenntnis genommen habe und man sich bewusst sei, dass sich der Fachbereich Jugend trotz der schwierigen Haushaltslage bemühe, Kosten zu senken, ohne dabei gleichzeitig die gewohnten Standards zu senken. Dies sei u.a. auch auf die gute Arbeit der Mitarbeiter des Fachbereichs zurückzuführen. Ebenso positiv habe man aufgefasst, dass keine freiwilligen Leistungen seitens der Verwaltung gekürzt worden seien und somit eine kontinuierliche Arbeit vor allem in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit gewährleistet sei.

Abschließend sei noch positiv anzumerken, dass die Stadt Kamen im Jahr 2007 um eine Haushaltssicherung herumgekommen sei, denn das hätte zur Folge gehabt, dass die Maßnahmen der freien Träger der öffentlichen Jugendhilfe ebenfalls gekürzt worden wären.

Frau **Möller** nahm Bezug auf die Erläuterungen von Herrn Güldenhaupt zum Produkt 36.02.01 und sprach ihr Bedauern dazu aus, dass das Land NRW immer weniger Landesmittel für die Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung stelle.

Zur U3-Betreuung führte sie an, dass die ausgewiesenen Kenn- und Messzahlen nicht die dringende Notwendigkeit der Schaffung von U3-Plätzen deutlich machten. Zurzeit gäbe es in Kamen nur eine kleine altersgemischte Gruppe. Sie halte es für unbedingt erforderlich, dass im nächsten Jahr im Ausschuss darüber diskutiert werde, wie U3-Plätze in Kamen dauerhaft geschaffen werden können. Andere Städte seien in ihrer Planung bereits weiter.

Herr **Ritter** ergänzte hierzu, dass der Träger unbedingt in die U3-Betreuung einsteigen wolle.

Die Ev. Kirchengemeinde Heeren beabsichtige, eine gewisse Anzahl von Kindergartenplätzen dauerhaft in U3-Plätze umzuwandeln. Er unterstrich die Aussage von Frau Möller, dass man im nächsten Jahr dringend nach Lösungen für den dauerhaften Einstieg in die U3-Betreuung in allen Stadtteilen suchen müsse.

Herr **Güldenhaupt** wies auf die beabsichtigte Neugestaltung des GTK hin. Eine Ausgestaltung des neuen Gesetzes sei bisher in Einzelheiten nicht bekannt. Er gehe aber davon aus, dass zum Jahresbeginn weitere Informationen seitens der Landesregierung vorliegen, so dass der Fachbereich in der Trägerkonferenz darüber berichten werde und dann die Möglichkeiten der U3-Betreuung diskutiert werden können. Zurzeit seien die Einrichtungen fast zu 100 % belegt. Nach dem TAG sind die Kommunen verpflichtet, bis 2010 für 20 % der U3-Kinder eine Betreuung zu organisieren. Die Entwicklung sei jährlich zu erörtern. Man müsse jedoch hervorheben, dass bereits 100 U3-Plätze im Stadtgebiet durch sog. Budgetvereinbarungen belegt seien, dies seien insgesamt 40 Kinder unter 3 Jahren. Bei kurzfristigem Betreuungsbedarf werde der Fachbereich auf jeden Fall behilflich sein, dies zeige sich auch anhand der gestiegenen Fallzahlen in der Tagespflege. Ziel sei, niemanden ohne benötigte Betreuung allein zu lassen. Der Fachbereich habe bisher gute Erfahrungen mit der Vermittlung von Plätzen in Kindertageseinrichtungen, die dann auch schon einen zusätzlichen 26. oder 27. Platz bereitstellen, oder durch die Tagespflege (Ausbau nach TAG) gemacht, insofern habe man bei der Bedarfsplanung eine Punktlandung

erzielt. Allgemein gingen die Kinderzahlen zwar zurück, aber in einigen Stadtteilen weniger, so dass zunächst vorrangig der Rechtsanspruch zu erfüllen sei, bevor in die U3-Betreuung eingestiegen werden könne. Grundsätzlich sollte aber in allen Stadtteilen eine U3-Betreuung möglich sein.

Herr **Kaminski** wies darauf hin, dass sich die Stadt Kamen durch gute Jugendarbeit ausgezeichnet habe. Es sei sicherlich schwierig einzuschätzen, wo der Bedarf in Zukunft hingehe. Wichtig allerdings sei, dass niemand durch das soziale Netz falle und man die Problematik erkenne, dass Investitionen in die Zukunft der Jugend wichtig seien. Er habe volles Vertrauen in die Arbeit des Fachbereichs, dass alles so gut weiterlaufe wie bisher.

Herr **Ritter** fragte, wie es mit dem Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Kamen und der Jugendarbeit in Heeren weitergehe.

Herr **Güldenhaupt** entgegnete, dass man entschieden habe, die Kooperation mit der Ev. Jugendarbeit in Heeren im Jahre 2007 uneingeschränkt weiterzuführen. Der Vertrag werde in den nächsten Tagen zugesandt, er werde eine Vertragslaufzeit von zunächst 3 weiteren Jahren enthalten.

Herr **Brüggemann** teilte abschließend mit, dass sich die bereits angekündigte Steigerung auf der Ausgabenseite in diesem Jahr bei der Heim- und Familienpflege verstetigt habe.

Es sei mit bis zu 380.000 € Mehrausgaben zu rechnen. Auslöser seien wegbrechende Familienstrukturen, wodurch mehrere Kinder in Einrichtungen fremd untergebracht werden mussten.

Frau **Dyduch** bat dann zur Abstimmung, ob die genannten drei Produkte wie vorgestellt im NKF-Haushalt Berücksichtigung finden sollten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit 1 Enthaltung angenommen

Zu TOP 2.

Kindernotinseln

hier: Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr **Peske** gab einen Sachstandsbericht zum Antrag der SPD-Fraktion im Jugendhilfeausschuss vom 07.12.2004 über die Einrichtung von Kindernotinseln im Kamener Stadtgebiet.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten bei der kreisweiten Durchführung des Projektes gab der Kreis Unna auf einer Veranstaltung durch Landrat Makiolla bekannt, dass der Kreis für alle Kommunen eine entsprechende Vereinbarung mit der Stiftung „Hänsel und Gretel“ in Karlsruhe geschlossen habe und nunmehr als Koordinator zur Verfügung stehe.

Die Arbeiterwohlfahrt habe sich mittlerweile bereit erklärt, die organisatorischen Arbeiten im gesamten Stadtgebiet zu übernehmen. Mitarbeiter der Ortsverbände suchen die Geschäftsleute auf, fragen die Bereitschaft ab, lassen sich die sog. „Partnervereinbarung“ unterschreiben und verteilen das erforderliche Material an die Geschäftsleute. Mittlerweile liege eine Liste mit 25 Geschäften und Institutionen vor.

Über die Grundschullehrer sollen Schüler über die Möglichkeiten und Hilfsangebote der Notinseln informiert werden, damit sie im Falle einer Hilfebedürftigkeit wissen, wie sie sich verhalten können.

Herr Peske stellte außerdem den Verfahrensablauf im Falle eines Anrufes durch die Notinselpartner beim Jugendamt vor.

Das Jugendamt kann von den Notinselpartnern während der Öffnungszeiten direkt unterrichtet werden. Außerhalb der Öffnungszeiten des Jugendamtes können sich die Rat suchenden Geschäftsinhaber oder deren Mitarbeiter an die Feuer- und Rettungswache der Stadt Kamen wenden. Von dort aus werde veranlasst, dass sich ein Mitarbeiter des Jugendamtes unverzüglich mit dem Anrufer in Verbindung setzt. Eine Nachfrage bei den Jugendämtern, die die Kindernotinseln bereits eingeführt haben, ergab, dass die Fälle, in denen die Geschäftsinhaber oder Mitarbeiter die betroffenen Kinder nicht abschließend versorgen konnten, eher gering waren. Sollte dennoch ein solcher Fall eintreten, wird ein Mitarbeiter des Jugendamtes das Kind in seine Obhut nehmen.

Kann das Kind nicht in die Obhut seiner Eltern zurückgegeben werden, weil diese nicht zu erreichen oder nicht zu ermitteln sind, kann das Kind in einer Bereitschaftspflegestelle oder einer Schutzstelle so lange betreut werden, bis die Eltern ermittelt oder erreicht werden konnten.

Herr **Theis** fügte hinzu, dass mittlerweile 18 abgeschlossene Vereinbarungen vorlägen und noch 30 weitere Geschäfte und Institutionen auf der Liste stünden.

Frau **Bartosch** erklärte, dass sie sich freue, dass der Antrag der SPD-Fraktion zum Wohle der Kinder nun umgesetzt werde und hoffe, dass sich die Kamener Kaufmannschaft umfangreich beteiligen werde. Sie richtete ein Dankeschön an die bisherige gute Beteiligung der Kamener Geschäftsleute.

Frau **Dyduch** bemerkte abschließend, sie sei froh, dass nun eine kreisweite Einführung der Kindernotinseln zum Wohle der Kinder gelungen sei.

Zu TOP 3.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

3.1 Mitteilungen der Verwaltung

3.1.1 Mitgliederversammlung der ADU

Frau **Dyduch** referierte über die Mitgliederversammlung zur Neuorganisation der ADU e.V.

Ziel der Neuorganisation sei, die Beratung für legale und illegale Süchte unter einem Dach zusammenzuführen. In dem gesamten Suchthilfebereich seien das 22,51 Personalstellen bei ca. 1.300 Klienten.

Zunächst werden die Träger, wie der Diakonie-Verbund, die Diakonie Schwerte und das DRK Lünen Mitglieder der ADU e.V. Daraus soll sich eine gGmbH mit allen Mitarbeitern der Träger gründen. Zum 01.01.2007, allerdings wahrscheinlich eher im März oder April 2007, sollen dann alle Geschäfts- und Rechtsbeziehungen auf die neue Gesellschaft übergehen. Bis zum 31.12.2007 erfolge der Aufbau einheitlicher Strukturen und Arbeitsprozesse,

bis zum Jahr 2009 die Anpassung der Tarifstrukturen und die Definition eines gemeinsamen Leitbildes.

Die Vertragslaufzeit betrage zunächst 5 Jahre, wobei jährlich ein finanzielles Budget auszuhandeln sei. Die Träger erhalten die Fördermittel des Landes und setzen keine laufenden Eigenmittel ein. Ein weiteres Ziel sei die Bildung eines Fachbeirates aus Kommunen, Kreis Unna, Kreisgesundheitsamt und der Polizei.

Abschließend berichtete Frau Dyduch über die Finanzierung der ADU e.V. im Jahr 2007. Der Kreis Unna übernehme den vollen Anteil der bisherigen ADU-Finanzierung (incl. der bisherigen Mitgliedsbeiträge) aus der Kreisumlage. Für Kamen bedeute dies, dass für das Haushaltsjahr 2007 keine Mittel für die ADU bereitgestellt werden müssen. Der Kreis Unna zahle den bisherigen Zuschuss an den Diakonie-Verbund, das DRK und die Diakonie Schwerte. Die Kreisförderung schließe auch den Kontaktladen in Unna mit ein.

Auf der Mitgliederversammlung habe man außerdem eine notwendige Satzungsänderung beschlossen. Mitglieder der ADU ab dem 01.01.2007 seien nur noch der Kreis Unna, die Städte Unna, Fröndenberg und die Gemeinden Holzwickede und Bönen. Diese Satzungsänderung und die Neuorganisation der ADU wurden auf der Mitgliederversammlung am 15.11.2006 einstimmig beschlossen.

Damit gebe es zukünftig eine finanzielle und organisatorische Sicherheit für die Drogenhilfe im Kreis Unna.

Es sei ebenfalls beabsichtigt, Beratungsangebote vor Ort in den einzelnen Kreisstädten durch die neue gGmbH anzubieten.

3.1.2 Projektförderung

Herr **Dunker** bezog zunächst Stellung zu den abgelehnten Projektförderanträgen im Jahre 2006.

Für das Jahr 2006 seien alle Projekte unter den gleichen formellen Voraussetzungen angemeldet worden wie im Vorjahr. Von den 11 beantragten Projekten sei nur 1 Projekt bewilligt worden, alle anderen Anträge wurden abgelehnt. Seitens des Fachbereiches könne nicht abschließend beurteilt werden, welche Faktoren zur Ablehnung der Anträge geführt haben. Möglicherweise sei ein Faktor, dass anstatt der zugesagten 96 Mio. € nur 72 Mio. € Fördermittel ausgezahlt wurden. Die Bagatellgrenze für Projekte eines öffentlichen Trägers liege bei 12.500 € Landeszuschuss als Anteil von 70 %. Der Eigenanteil der Kommune belaufe sich somit auf 30 %, so dass das Gesamtprojekt ein Volumen von ca. 18.000 € habe. Die förderungsfähigen Projekte waren aufgrund der erst im August eingegangenen Bescheide allerdings innerhalb des Zeitraumes 01.09. – 31.12.2006 durchzuführen. Ein Projekt dieser Größenordnung sei jedoch nur innerhalb eines Jahres durchzuführen, alles andere sei organisatorisch nicht machbar. Grundsätzlich müssten Projekte sinnvoll zu organisieren sein.

Herr Dunker nahm Bezug auf das Projekt „Work & Fun“, welches als innovatives Projekt im Jahr 2005 gefördert, jedoch im Jahr 2006 nicht mehr vom Land NRW als förderungsfähig eingestuft wurde.

Für das Jahr 2007 wurden wiederum 7 Projekte beantragt, davon allerdings 5 Projekte über den Förderverein für Jugendhilfe. Über den Verein können aufgrund der hier geltenden Bagatellgrenze von 500 € realistische Projekte durchgeführt werden.

Unter anderem seien folgende Projekt für das Jahr 2007 geplant:

„JKC blue“

Hier werde versucht, Schulschwänzer aufzufangen und in Kooperation mit dem Fachbereich Jugend, dem Jugendkulturcafe und in enger Absprache mit den Schulen und der Polizei, die Schulverweigerer wieder den Schulen zuzuführen bzw. andere Perspektiven aufzuzeigen.

„Spiel des Lebens“

Hierbei handele es sich um ein Reality-Game für Schüler aller weiterführenden Schulen in Kamen und darüber hinaus auch für Schüler anderer Kommunen, allerdings für diese gegen Gebühr.

Online-Zeitung für Jugendliche

Geplant ist eine viersprachige Online-Zeitung als dauerhaftes Forum für den Austausch untereinander und Angebote (Suche/Biete) wie in einer normalen Zeitung.

Dieses Projekt sei, unabhängig von der Entscheidung des Landes, auch ein Projekt als Ergebnis der Gesprächskreise mit den Schülersprechern und den Vertretern der freien Träger. Die Kosten des Projektes belaufen sich auf ca. 17.900 €. Zu einem späteren Zeitpunkt soll eine Kombination mit den bereits bestehenden Internetseiten „wir-gemeinsam.de“ und „dance-votum.de“ erfolgen.

Abschließend stellte Herr Dunker noch kurz die für das Jahr 2007 geplanten Kinder- und Jugendfreizeiten vor. Zunächst sei wie im Jahre 2006 wieder eine Ferienfreizeit für Jugendliche nach Spanien geplant. Des Weiteren wird eine Kinderfreizeit nach Schloss Dankern im Emsland durchgeführt; diese zeichne sich durch ihren hohen Freizeitwert aus und sei bei Kindern und Jugendlichen sehr beliebt.

Die Teilnehmerkosten erhöhen sich in 2007 jedoch auf 410 € pro Person. Mit den Anmeldungen werde in Kürze begonnen.

3.1.3 Frühe Förderung von Kindern – Sonderprogramm des Landes

Herr **Güldenhaupt** berichtete über das Sonderprogramm des Landes zur Förderung von Kindern und Jugendlichen.

Insgesamt seien 3 Anträge von Kindertageseinrichtungen für die Schaffung von räumlichen Ressourcen für den Ausbau der Betreuung von Kindern im Alter von unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen eingegangen. Mittlerweile seien Fördermittel für die Kindertageseinrichtung „Nistkasten“ der AWO in Höhe von 18.837 € für den Umbau eines Ruhe- und Wickelraumes und 5.283 € für die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen bewilligt worden.

Das Sonderprogramm beinhalte ein Gesamtfinanzierungsvolumen von 3,2 Mio. €, es seien allerdings beim LWL Anträge von insgesamt 8,7 Mio. € eingegangen, so dass zunächst die Kindertageseinrichtungen gefördert wurden, die bereits in der U3-Betreuung tätig sind.

Ein weiteres Bewilligungskriterium sei die finanzielle Höhe der geplanten Baumaßnahmen gewesen. Um möglichst viele Kindertageseinrichtungen bedenken zu können, habe man zunächst kleinere Baumaßnahmen gefördert.

Der Fachbereich bedaure, dass nicht alle Förderanträge Berücksichtigung finden konnten.

Der Landschaftsverband habe jedoch bereits mitgeteilt, dass im Jahr 2007 voraussichtlich weitere Landesmittel für derartige Sonderprogramme zur Verfügung gestellt würden.

3.1.4 Frühwarnsysteme

Herr **Gibbels** berichtete über die geplanten Trägervereinbarungen im Sinne der §§ 8 a und 72 a SGB VIII zur Erkennung von Kindeswohlgefährdungen.

Hierbei sei die Vernetzung mit Institutionen, wie den Kindertageseinrichtungen, Schulen, Krankenhäusern, Beratungsstellen, dem Kinderschutzbund etc. wichtig. Diese Institutionen seien angehalten, die datenschutzrechtlichen Bestimmungen niedriger anzusetzen, als das Kindeswohl, wobei Kamen bisher gut organisiert sei.

Ein großes Problem seien die Kinder unter 3 Jahren, die keine Kindertageseinrichtung besuchen und der ASD bei einem Verdacht auf Kindeswohlgefährdung auf andere (Nachbarn etc.) angewiesen sei.

Bewährt habe sich das Modell „Kamener Praxis“ durch eine enge Verzahnung mit dem Amtsgericht, den ansässigen Rechtsanwälten und Gutachtern als Voraussetzung für ein schnelleres Handeln zum Wohle der Kinder.

Der ASD habe außerdem einen Kontrakt mit dem Hellmig-Krankenhaus Kamen geschlossen.

Ziel sei, das Jugendamt direkt bei einem Verdacht auf Kindeswohlgefährdung zu informieren, so dass ggf. umgehend eine Inobhutnahme des betroffenen Kindes erfolgen kann.

Herr **Kampmann** erklärte, dass das Schulgesetz die Schulen bereits jetzt schon ermächtigt, Verdachtsfälle direkt und ohne Umwege dem örtlichen Jugendamt zu melden.

Herr **Ritter** fragte, inwieweit Qualifikationen seitens des Jugendamtes für die Leiterinnen der Kindertageseinrichtungen zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zur Erfüllung des Schutzauftrages vorgesehen seien, da das Personal unsicher sei, wie es sich in einem konkreten Verdachtsfall verhalten soll.

Herr **Gibbels** entgegnete, dass die Kindertageseinrichtungen auf einen einheitlichen Einschätzungsbogen zurückgreifen können, der in einer gemeinsamen Leiterinnenbesprechung vorgestellt werde. Vorgesehen sei, dass jeder Träger eine Fachkraft vorhalten soll. Dies könnten jedoch z.B. auch Mitarbeiter von Beratungsstellen sein.

3.2 Anfragen

Herr **Kaminski** nahm Bezug auf das von Herrn Dunker vorgestellte Projekt „JKC blue“ und fragte, ob ein solches Projekt auch auf Kreisebene installiert werden soll.

Herr **Dunker** teilte mit, dass es sich bei dem vorgestellten Projekt um ein Pilotprojekt handle, bei dem man auf keine Erfahrungen zurückgreifen könne. Ziel sei zunächst, Schulschwänzer zu erreichen, ihnen Raum anzubieten und Konzepte zu entwickeln, wie diese Schüler wieder der Schule zugeführt werden können. Es ist angedacht, das Projekt erst im Stadtgebiet zu erproben, bevor ein kreisweites Angebot gemacht werden könne.

Herr **Kampmann** teilte mit, dass eine enge Zusammenarbeit mit dem Jugendamt aufgrund der großen Schulmüdigkeit der Schüler erwünscht sei. Man biete bereits Langzeitpraktika an, bei denen die Schüler abwechselnd eine Woche arbeiten gehen und eine Woche die Schule besuchen. Wer nicht zur Schule gehe, der dürfe auch nicht arbeiten.

Die Landesregierung habe jedoch durch die im Schulrechtsänderungsgesetz festgelegten Ordnungsmaßnahmen den Druck auf die Schulschwänzer und deren Familien erhöht.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

gez. Marion Dyduch
Vorsitzende

gez. Klaus Güldenhaupt
Schriftführer